

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einführung: Staatsangehörigkeitsrecht und Mehrstaatigkeit im Kontext des Migrations(folgen)rechts</b>	33
I. Thematische Koordinatensetzung: Dichotomie des Untersuchungstopos	35
II. Faktische Koordinatensetzung: Mehrstaatigkeit in ihren statistischen Realitäten	38
III. <i>Modus operandi</i> , Gang der Untersuchung und Forschungsfragen	42
1. Wozu eigentlich (noch) Staatsangehörigkeit? Lokalisierung rechtlicher Funktionsfacetten von Staatsangehörigkeit als Zuordnungskonstante	43
2. Problemaufriss I: Exklusivität versus Mehrstaatigkeit – „Eine unendliche Geschichte“	44
3. Problemaufriss II: Perspektiven „des“ bzw. „eines“ Optionsmodells	48
4. Folgen und Konsequenzen: Rechtspolitische Gestaltungsoffensiven als Alternative zum Optionsmodell im Prüfungsüberblick	51
IV. Darlegung des Untersuchungsbedarfs und Reflexion des Forschungsstandes	52
V. Abschließend: Was offen bleiben muss	54
 <b>B. Funktionen, Bedingungen und rechtliche Konstituenten der (deutschen) Staatsangehörigkeit: Skizzierung eines elementaren Funktionswandels innerhalb des Migrationsrechts als Ausgangspunkt</b>	57
I. Grundlegungen: Staatsangehörigkeit als personale Basis von Legitimationsstrukturen im demokratischen Verfassungsstaat	59
1. Überkommene Funktionsverständnisse und angehörigkeitsrechtliche Begriffsfacetten aus völker- und staatsrechtlicher Perspektive	61
a) Völkerrechtliche Funktion: Staatsangehörigkeit als fundamentales und präzisiertes Zuordnungsinstrument	63
b) Staatsrechtliche Funktion: Gesamtheit rechtlich definierter Staatsangehöriger als <i>corpus</i> des staatskonstitutiven Elements „Staatsvolk“	65
c) Staatsangehörigkeit und Integration	67
d) Staatsangehörigkeit als Anknüpfungspunkt im Internationalen Privatrecht	69
2. Sukzessiver Verständniswandel im Lichte zunehmender transnationaler Überlagerungserscheinungen und globaler Migrationsbewegungen	70
a) Entpartikularisierung durch nationale und transnationale Dynamisierung tradierter Funktionen des Angehörigkeitsstatus: Ist das Daueraufenthaltsrecht „das neue Staatsangehörigkeitsrecht“?	71

b)	Der dynamische Rechtsstatus der Unionsbürgerschaft im stetigen Wandel hin zum „grundlegenden Status“: Vom losen Annex zur Statusemanzipation .....	77
c)	Folge: Rechtliche und soziopolitische Integrationsrendite durch Staatsangehörigkeit? .....	83
d)	Folgerungen und Resümee: Staatsangehörigkeit als Zuordnungskonstante im Kontext sich wandelnder Staatlichkeit .....	86
II.	Normative Grundlegungen der (deutschen) Staatsangehörigkeit .....	87
1.	Allgemein-völkerrechtliche Determinanten der Staatsangehörigkeit .....	87
a)	Grundsatz: Souveräne Ausgestaltung durch die Nationalstaaten, die Grenzen der Gestaltungshoheit und das Risiko des sog. <i>genuine links</i> .....	88
b)	Staatenlosigkeit als Schranke der Gestaltungsbefugnis? .....	91
2.	Konstitutionelle Präsuppositionen der Staatsangehörigkeit nach dem Grundgesetz: Verfassungsrechtliche Offenheit zugunsten der gesetzgeberischen Gestaltungsbefugnis .....	94
a)	Art. 16 Abs. 1 GG: Schutzbastion einer entziehungsfesten Staatsangehörigkeit als Fundament demokratischer Gleichheit .....	94
aa)	Schutzstandard des Art. 16 Abs. 1 GG als Abwehrrecht: Entziehungsschutz und Institutsgarantie .....	95
bb)	Verfassungsrechtliches Egalisierungsgebot: Deutsche Staatsangehörigkeit als Grundlage gleichberechtigter Zugehörigkeit .....	97
cc)	Punktuelle Permeabilität des Staatenlosigkeitsvorbehalts .....	99
b)	Art. 116 GG: Historischer Fußabdruck des Kriegs- und Diktaturunrechts mit zeitloser staatsrechtlicher Aufladung .....	101
aa)	Abs. 1: Definitionsvoranschlag des personellen Legitimationssubjekts .....	101
bb)	Abs. 2: Wiedereinbürgerungsoption und Nichtausbürgerungsfiktion als konstitutioneller Ausdruck der Wiedergutmachung .....	104
cc)	Formelle und materielle Staatsangehörigkeit als Konsequenz des Art. 116 Abs. 1 GG? .....	105
c)	Art. 6 Abs. 1 GG: Perpetuierung eines Grundsatzes der staatsangehörigkeitsrechtlichen Familieneinheit <i>de constitutione lata</i> ? .....	108
d)	Dennoch: Keine absolute Gestaltungsfreiheit der Statuszugänge auf Kosten verfassungsrechtlicher Wertentscheidungen (Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 20 Abs. 2 S. 1 GG) .....	110
3.	Erwerbs- und Verlustvarianten der Staatsangehörigkeit <i>de lege lata</i> und rechtshistorische Prototypen .....	112
a)	Kursorische Genese staatsangehörigkeitsrechtlicher (Reform-)Gesetzgebung im Spiegel gesellschaftspolitischer Grundentscheidungen .....	112

b) Erwerb .....	116
aa) Originärer Erwerb (insbesondere der „Geburtserwerb“) .....	116
(1) Angehörigkeitserwerb kraft Abstammung: Prämisse familiärer und sozialer Bindungsentwicklungen als Fundament des sog. <i>ius sanguinis</i> .....	118
(2) Angehörigkeitserwerb kraft Geburt im Inland: Zum Facettenreichtum des sog. <i>ius soli</i> .....	121
(a) Gesetzliche Verankerung: Keine hyperinklusive „Zufälligkeit der Geburt“, sondern Erheblichkeit von Elementen des <i>ius domicilii</i> .....	122
(b) Kritik .....	126
(aa) Sonderfall des „reinen“ <i>ius soli</i> auf Ebene der Unionsstaaten .....	126
(bb) Deutsche Regelung: Viel Rauch um (fast) nichts? ....	128
bb) Derivativer Erwerb .....	130
(1) „Unter ferner liefen“: Tatbestände der Ermessenseinbürgerung	131
(2) Solleinbürgerung ausländischer Ehegatten und Lebenspartner, § 9 StAG .....	133
(3) Anspruchsvoraussetzungen der Einbürgerung nach § 10 StAG als Konnex von soziopolitischen Inklusions- und Exklusionsfaktoren	135
(4) Einbürgerungsrecht als integrationspolitisches Wechselspiel ...	139
c) Überblick: Verlustgründe nach dem StAG .....	141
aa) Verlust der Staatsangehörigkeit auf Eigeninitiative .....	142
bb) Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung als Ankerpunkt verfassungsrechtlicher Funktionsdiskurse über die Staatsangehörigkeit	143
cc) Durchsetzungsmechanismen des Vermeidungsgrundsatzes im engeren Sinne .....	143
dd) Verlust der Staatsangehörigkeit infolge des Eintritts in ausländische Streitkräfte oder der Beteiligung an Kampfhandlungen ausländischer terroristischer Vereinigungen .....	144
III. Überleitendes Zwischenfazit: Zugehörigkeitskonstante unter Definitionshoheit des parlamentarischen Gesetzgebers .....	146
<b>C. Anatomie der Mehrstaatigkeit und des erodierenden Vermeidungsgrundsatzes: Normative Anlagen, rechtliche Wurzeln und rechts- und soziopolitische Begründungsansätze .....</b>	<b>148</b>
I. Staatsangehörigkeiten auf Kollisionskurs: Mehrstaatigkeit und ihr Zustandekommen .....	150
1. Terminologische Klarstellungen: „Doppelte“ und „mehrfache“, „echte“ und „unechte“ Mehrstaatigkeit .....	150

2. Entstehungsmodi der Mehrstaatigkeit .....	152
a) Positivkollision originärer Erwerbsgrundsätze .....	152
aa) Abkömmlinge bi- oder multinationaler Partnerschaften als Kollisionsreaktion internationaler Erwerbsmodi <i>iure sanguinis</i> .....	152
bb) Kollision von <i>iure sanguinis</i> und <i>iure soli</i> in verschiedenen Staatsangehörigkeitsregimen .....	153
b) Kumulierte Angehörigkeiten als Folge des derivativen Erwerbs der Staatsangehörigkeit .....	154
3. Folgerungen .....	155
II. Völkerrechtliche Auskunftslage: Die Vermeidung von Mehrstaatigkeit als internationalrechtliches Ziel? .....	156
1. Allgemeines Völkerrecht: Gleichrangigkeit der Staatsangehörigkeiten und Gestaltungsbefugnis als Ausgangspunkt .....	157
a) Keine allgemein-völkerrechtliche Maxime zur Hinnahme oder Vermeidung von Mehrstaatigkeit .....	157
b) „ <i>Nemo potest exuere patriam</i> “: Faktische Begünstigung durch Staatenpraxis der fehlenden Entlassungsbereitschaft .....	159
2. Präzisierung und Generalisierung durch völkerrechtliche Verträge .....	160
a) Bilaterale Verträge „unter deutscher Beteiligung“ als Prototypen ihrer Zeit voraus? .....	160
b) Entwicklungsgenese völkervertragsrechtlicher Rezeptionen als Indiz für die Abstraktion von originärer und derivativer Entstehung von Mehrstaatigkeit .....	164
aa) Globale Vermeidungsdesiderate: Haager-Konventionen 1930 – Ein Konglomerat „zahnloser“ Absichtserklärungen .....	164
bb) Forcierung des geschlechtergerechten „ <i>système dualiste</i> “ als Wegbereiter der Mehrstaatigkeit am Exempel einschlägiger UN-Konventionen .....	167
c) Europäische Vermeidungsdesiderate: Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern 1963 .....	171
aa) Zaghafte Restriktionsversuche von Mehrstaatigkeit durch den Europarat .....	172
bb) Zweites Zusatzprotokoll als exemplarischer Enttabuisierungsschlüssel .....	175
d) Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit des Europarates 1997: „Vom Saulus zum Paulus“? .....	177
aa) Holzschnitt: Staatsangehörigkeitsübereinkommen als Kodifikation gemeinsamer Prinzipien inklusive sukzessiver Berücksichtigung von Individualinteressen .....	178
bb) Kompromiss der neutralen Rezeption von Mehrstaatigkeit als <i>status quo</i> im Europarat .....	179
3. Folgerungen: Konkretisierung heutiger Vermeidungsbestrebungen durch Völkerrecht und Überantwortung an innerstaatlichen Diskurs .....	183

III.	Unionsrechtliche Auskunftslage: Mittelbare Durchschlagswirkungen im Interesse der Grundfreiheiten ohne genuinen Einfluss auf Vermeidungsmechanismen der mitgliedstaatlichen Staatsangehörigkeitsgesetzgebung . . . . .	184
1.	Keine Implikationen auf mitgliedsstaatliche Vermeidungs- oder Toleranzstrategien . . . . .	184
2.	Säulen operativer Elemente mehrfacher (EU-)Staatsangehörigkeit aus Sicht des Unionsrichterrechts . . . . .	186
a)	<i>Gullung</i> und <i>Gilly</i> : Keine frühe unionsrechtliche Aufladung der EU-Mehrstaatigkeit . . . . .	186
b)	<i>Micheletti</i> : Absage an Dominanzabstufungen und Validitätsnegierungen kumulierter Staatsangehörigkeiten zum Zwecke des Unionsrechts . . . . .	188
c)	<i>Garcia Avello</i> und <i>McCarthy</i> : EU-Mehrstaatigkeit als Freifahrtschein zur unionsrechtlichen Jurisdiktionsgewalt? . . . . .	190
3.	Folgerungen . . . . .	194
IV.	Staatsrechtliche Auskunftslage und verfassungsrechtliche Exklusivitätsdesiderate . . . . .	195
1.	Rechtliche Qualifikation von Mehrstaatigkeit unter dem Regime des StAG 1870 und des RuStAG 1913 als Kontraindikator vorkonstitutioneller Perpetuierungen eines Vermeidungsgrundsatzes . . . . .	195
2.	Nochmals anhand der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates: Umgangsstrategien an den parlamentarischen Gesetzgeber überwiesen . . . . .	200
3.	Mehrstaater-Beschluss des BVerfG oder auch: Eine „Übeldoktrin“, die den Namen nicht verdient . . . . .	203
4.	Ein „Verfassungsrecht der Mehrstaatigkeit“ oder ein „Verfassungsrecht gegen die Mehrstaatigkeit“? . . . . .	206
a)	Institutsgarantie: Erwerbseinschränkungen als spiegelbildliches Analogon der grundsätzlichen Entziehungsfestigkeit der Staatsangehörigkeit? . . . . .	207
b)	Nationalstaatliche Verfassungsinhärenz aus Art. 116 GG: Eine Schranke vermehrter Zulassung von Mehrstaatigkeit? . . . . .	211
c)	Gleichheit: Mehrstaatigkeit und Vermeidungsgrundsatz als struktureller Ausgangspunkt gleichheitsverfassungsrechtlicher Kalamitäten? . . . . .	213
aa)	Konzeptionelle Dimension („Ob“): Asymmetrische Standards als Distinktionsindikator zwischen genuin verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Kalamitäten . . . . .	213
bb)	Qualitative Dimension („Wie“): Absolutes „Mehr“ an Rechten des Mehrstaaters im Vergleich zum Monostaater am Paradeexempel pluralisierter Partizipationsrechte? . . . . .	214
d)	Staatsstrukturprinzipien: Gesetzgeberische Implikationen in das Staatsangehörigkeitsrecht und Hinnahme der Mehrstaatigkeit unter dem Demokratieprinzip? . . . . .	217
aa)	Vorfrage: Offenheit des (angehörigkeitsrechtlichen) Volksbegriffes nach Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG für normative Zuordnungsentscheidungen des Gesetzgebers . . . . .	217

bb)	Keine Auflösung der Ausschließlichkeit des mit der Staatsangehörigkeit verbundenen exklusiven Treue- und Pflichtenverhältnisses als Verfassungs- und Demokratieproblem .....	220
cc)	Kein Funktionsverlust der konstitutionell abgesicherten Staatlichkeit durch eine individualistische Relativierung der Schicksalsgemeinschaft .....	223
dd)	<i>Vice versa</i> : Hinnahme von Mehrstaatigkeit kein genuin rechtliches Filtrat, sondern ein verfassungspolitisches Desiderat .....	227
e)	Verfassungsrechtliche Bilanz: Reformen ohne Verfassungsbruch, sondern als Index verfassungsrechtlicher Wertneutralität .....	229
V.	Architektur innerstaatlicher Durchsetzungsmechanismen und Revisionen des Vermeidungsprinzips: Von angehörigkeitsrechtlicher Scheinkonstituante zur offenen Rechtsillusion? .....	231
1.	Vermeidung von Mehrstaatigkeit im derivativen Staatsangehörigkeitserwerb als Epizentrum des sog. Vermeidungsgrundsatzes .....	232
a)	Vermeidung von Mehrstaatigkeit als normative Voraussetzung der Anspruchseinbürgerung .....	232
aa)	Implikationen von Regel und Verfahren: Reichweite der konstitutiven Anspruchs- und Integrationsvoraussetzung .....	233
(1)	Problem I: Verwaltungsrechtsdogmatische Frage des Verlust- und Aufgabezeitpunktes und problematische gesetzgeberische Kompatibilitätsofferte mit Nebenbestimmungen .....	234
(2)	Problem II: Rechts- und Integrationspolitische Folgewirkungen .....	236
bb)	Der Ausnahmenkatalog des § 12 StAG und dessen Rechtsprechungsgenese als Unzumutbarkeitskorrektiv: Strukturelle Fragilität des Vermeidungsgrundsatzes? .....	238
(1)	Fragilität: Rechtliche oder „faktische“ Unmöglichkeit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, Nr. 2 StAG, als genuin rechtlicher Abhängigkeitsnachweis des Vermeidungsgrundsatzes von ausländischer Staatsgewalt .....	239
(2)	Billigkeit: Versagung aus den Gründen in § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StAG zur Schaffung von Einzelfallgerechtigkeit .....	242
(a)	Gründe, die der Einzubürgernde nicht zu vertreten hat, und Bescheidung in nicht angemessener Zeit als präzise umrissene Ausnahmenvorgaben .....	243
(b)	„Unzumutbarkeit“ als Wirkungsexempel des Vermeidungsgrundsatzes .....	244
(3)	Einzelfallgerechtigkeit: Ausnahmetatbestände für „unverhältnismäßige Schwierigkeiten“, „besondere Härte“ bis hin zu „erheblichen Nachteilen“ nach § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 und Nr. 5 StAG .....	248
(4)	Ausnahmetatbestand für Flüchtlinge nach der GFK .....	251

(5) Durchbrechung des Vermeidungsgrundsatzes qua Generalklausel und Verfassungsrecht? .....	253
(a) Generalklausel des § 12 Abs. 1 S. 1 StAG: Systematisch synchronisiert mit dem Ausnahmenkatalog .....	253
(b) Hinnahme von Mehrstaatigkeit als Produkt verfassungsrechtlicher Schrankensetzung durch individuelle Gewissenskonflikte (Art. 4 Abs. 1 GG) .....	255
cc) Gesetzgeberisch gewollte Abweichung: EU-Mehrstaater und Staatsangehörige der Schweiz als angehörigkeitsrechtliche Privilegienträger .....	257
b) Vermeidung von Mehrstaatigkeit im Zuge der Ermessenseinbürgerung	260
c) Vermeidungsgrundsatz in der Ehegatten- und Lebenspartnereinbürgerung	262
d) Konsequenzen und Würdigung des Vorstehenden: Eine „Regel-Ausnahme-Umkehrung“ als konzeptioneller Fragilitätsnachweis des Vermeidungsgrundsatzes? .....	263
2. Vermeidungsgrundsatz auf der Verlustebene: Derivativer Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und „Auslandsadoption“ Minderjähriger durch ausländische Staatsangehörige .....	268
a) Rechtspolitische Immanenz und Struktur des § 25 Abs. 1 StAG als Zuwendungsindex zum ausländischen Einbürgerungsstaat .....	268
b) Zentraler Exemtionsindikator: Beibehaltungsgenehmigung in § 25 Abs. 2 StAG .....	270
c) Novellierungen des § 27 StAG als Exempel rechtspolitischer Konsistenzkontroversen über disparate Exemtionen des Vermeidungsgrundsatzes .....	273
3. Originärer Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit: Grundsatz und Beschränkungen .....	274
a) Konzeptionelle Beschränkung des originären Erwerbs <i>iure sanguinis</i> durch einen „Auslandsgenerationenschnitt“ .....	275
b) Konzeptionelle Beschränkung des originären Erwerbs <i>iure soli</i> : Das Optionsmodell .....	276
4. Folgerungen: Vermeidung von Mehrstaatigkeit als leicht überschreitbare Grenze eines jeden Erwerbs- und Verlusttatbestandes? .....	277
VI. Rechtliche und scheinrechtliche Begründungsansätze zur Vermeidung oder Hinnahme von Mehrstaatigkeit .....	281
1. Rechtshistorischer Ausgangspunkt: Überkommene Mitgliedschaftsvorverständnisse und ein Geflecht konkurrierender Nationalstaaten als Problemauslöser .....	283
a) Differente Problemperspektiven unter völkerrechtlichen und staatsfunktionellen Koordinaten .....	284
b) Folge der Radizierung: Krisenfallszenario <i>ad extremum</i> .....	286

2. Rechtliche Konfliktpunkte: Prinzipielle Ignorierung fremder Staatsangehörigkeiten bei Inanspruchnahme eigener Staatsangehöriger als Ausgangspunkt .....	290
a) Diplomatische und konsularische Schutzausübung: Der klassische Konflikt konkurrierender Personalhoheiten .....	291
aa) Einwand: Schutzfrage als Resultat kollidierender Personalhoheiten <i>par excellence</i> .....	292
bb) Replik I: Keine völkerrechtliche Schutzlosigkeit im Dreiecksverhältnis .....	294
cc) Replik II: Zunehmender Rekurs auf die vorherrschende Staatsangehörigkeit als Folge zunehmenden „Empowerments“ des mediatisierten Individuums im Völkerrecht .....	295
b) Reziprokes Verhältnis Heimatstaat – Individuum: Mehrfache Staatsangehörigkeit als mehrfache Inanspruchnahme? .....	302
aa) Wehrpflicht: (K)ein Problem der laufenden Epoche? .....	302
(1) Einwand: Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland als Alpha eines neuen Problems? .....	303
(2) Lösungsangebot und Rechtslage: Aussetzung der Wehrpflicht als zweischneidiges Schwert .....	304
bb) Steuerrecht: Gelöste Mehrfachbesteuerungen als Pioniere völkervertragsrechtlicher Zugänglichkeit .....	308
c) Internationales Privatrecht: Keine Frage des „Ob“ der Mehrstaatigkeit, sondern eine Frage des „Wie“ .....	312
aa) Mehrfache Staatsangehörigkeit, multiple Anknüpfung? .....	312
(1) Einwand: Gefahr „hinkender Rechtsverhältnisse“ im IPR .....	314
(2) Replik: Strukturschwäche der <i>pro-domo</i> -Klausel als Problemursache .....	315
bb) Zuständigkeits- und Anerkennungswettläufe im internationalen und europäischen Zivilverfahrensrecht .....	317
d) Holzschnitt: Fragen des Internationalen Straf- und Auslieferungsrechts: Sukzessiv bedeutungslos, im Unionsraum obsolet .....	320
e) Rück- und Ausblick auf die rechtlichen Konfliktfelder anhand eines aktuellen Beispiels: Struktur- und Bestandsschwäche aller Einzelstaatsangehörigkeiten durch Statuspluralisierung aus verfassungsrechtlicher Sicht? .....	323
3. Zum Spezifikum der EU-Mehrstaatigkeit: Demokratietheoretische Kalamität eines Grundsatzes „one person, two votes“ als Gefahr eines „nationality shoppings“? .....	326
a) Seitenblick: Rar gesäte Privilegierungsmechanismen weiterer EU-Mitgliedstaaten für eine erleichterte Einbürgerung für EU-Ausländer .....	328
b) Demokratiedefizit durch „echte“ Doppelwahlen? Die „Causa di Lorenzo“ als Menetekel künftiger Wahlungleichheiten? .....	331



c) Demokratiedefizit durch „unechte“ Doppelwahlen? Rekurs und Abstraktion von der reklamierten doppelten Wahlmöglichkeit von Mehrstaaten .....	336
d) Folgerungen: EU-Mehrstaatigkeit ohne partikulares Unrechtspotential .....	338
4. Rechts- und integrationspolitische Kosten-Nutzen-Abwägung: Überwiegen die Chancen der Hinnahme von Mehrstaatigkeit die Destabilisierungsszenarien? .....	339
a) Narrativ des automatisierten Loyalitätskonflikts: Irregularität kumulierter Staatsangehörigkeiten aufgrund eines exklusiven „Wesens“ der Staatsangehörigkeit? .....	340
aa) Einwand: Statuskumulationen als normative Degradierung bürger-schaftlicher Zugehörigkeit im Allgemeinen? .....	340
bb) Replik: Migrationspolitische Realitäten vor dem Anachronismus des exklusiven Loyalitäts- und Treuekonzepts der Staatsangehörigkeit .....	343
b) Soziopolitische „Integrationshemmung“ durch mehrfache Staatsangehörigkeit? .....	346
aa) Einwand: „Wir können aus dem ‚Staatenkuchen‘ uns nicht nur die Rosinen suchen“ .....	347
bb) Replik: Artifizielle Vermengung nur bedingt kompatibler Sachfragen .....	348
c) Gegenrede aus staatsfunktioneller und demokratietheoretischer Perspektive .....	351
aa) Interventionsoptionen von Seiten der Hoheitsgewalt des Herkunfts-heimatstaats: Destabilisierungswirkung durch außen- und innenpo-litische Desintegrationseffekte .....	352
(1) Ausgangspunkt: Mehrstaatigkeit als politisches Instrument zum Ausbau der personalhoheitlichen Souveränität über die Diaspora .....	353
(2) Folgewirkung I: Außenpolitische Desintegration als Damokles-schwert hingenommener Mehrstaatigkeit? .....	355
(3) Folgewirkung II: Innenpolitische Desintegration und Minderhei-tenschutz – Vorrechtliche Bedenken über aus Minderheitenrech-ten erwachsende Partizipationsinstanzen .....	360
bb) Demokratietheoretische Implikationen: Wider die Unterinklusion durch Einräumung von Mehrstaatigkeit, wider die Überinklusion durch intergenerative Überführung in die Monostaatigkeit – Mehr-staatigkeit als Transitzustand .....	364
d) Resümee: Staatspolitische und rechtssoziologische Vorteile im Einwanderungsstaat Deutschland .....	367
5. Folgerung: Hinnahme von Mehrstaatigkeit kein rechtliches „Übel“, in re-guliertem Maße ein potentieller „Genuss“ .....	368
VII. Rechtsvergleichender Seitenblick: Staatenpraxis als Argument für eine stär-kere Permission mehrfacher Staatsangehörigkeit? .....	371
1. Grundlegend: Begrenzte Vergleichbarkeit staatsangehörigkeitsrechtlicher Konzeptionen? .....	372

2. Trend innerhalb der EU-Mitgliedstaaten: Vorsichtige Tendenz in Richtung Hinnahme trotz vernehmbarer staatsangehörigkeitspolitischer Heterogenität	376
VIII. Bündelung wesentlicher Erkenntnisse: Renitentes Festhalten am Vermeidungsgrundsatz als <i>pars pro toto</i> für ein monosedentäres Migrationsrecht? ..	379
1. Auskunftslage des Völker- und Europarechts: Mehrstaatigkeit als öffentliches Statuskollisionsrecht nur peripher dem internationalen Recht überantwortet .....	379
2. Auskunftslage des StAG: Fragilität des Vermeidungsgrundsatzes im Lichte künftiger Migrationsbewegungen .....	380
3. Was ist das „Übel“ an der Mehrstaatigkeit? .....	382
4. Desiderat: Transitorische Mehrstaatigkeit im Immigrationskontext als Materie des Völkervertragsrechts .....	384
<b>D. Retro- und Prospektive des sogenannten Optionsmodells als Spezifikum: Rosender Anker des Vermeidungsgrundsatzes? .....</b>	<b>386</b>
I. Konzeptionelle Säulen und Wurzeln des Optionsmodells .....	387
1. Entwicklung des Optionsmodells als Kompromissresultat einer gesellschaftspolitischen Kontroverse .....	387
a) Diskussionshergang: Reformpotential als Zufallsprodukt der Mehrheitsverhältnisse innerhalb beider Gesetzgebungsorgane .....	388
b) Kursorisch: Verfassungswidrige Betaversion und Schnittstellen zum finalen Endprodukt des Optionsmodells – Das Modell der sogenannten Kinderstaatszugehörigkeit .....	391
c) Erwerbsregelungstechnischer Paradigmenwechsel unter Inkaufnahme einer Einschränkung .....	393
aa) „Traditionelle“ staatsangehörigkeitsrechtliche Etymologie der Option: Vom Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit .....	394
(1) Die Option als völkerrechtliches Instrument für ein verbindliches Zugehörigkeitsproprium nach einer Staatensukzession .....	395
(2) Die Option als staatsangehörigkeitsrechtliches Gestaltungsinstrument: Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	396
(3) Die Option als rares Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit: Akademische Vorreiter und Tuchfühlungen aus der Staatenpraxis .....	398
(a) Abwahlzwang als akademisches und rechtspolitisches Glasperlenspiel .....	398
(b) Der Optionszwang als Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit in der internationalen Praxis: Überholte oder gescheiterte Exempel .....	401
(c) Noch heute als Verzichtsobliegenheiten praktizierte „Optionszwänge“ als Exempel prozeduraler und inhaltlicher Permeabilität .....	403
(d) § 29 StAG als „deutscher Sonderweg“ .....	406

bb) Rechtsnatur und Regelungswirkung – Mehrstaatigkeit unter auflösender Bedingung der Tätigkeit einer Obliegenheit . . . . .	407
cc) Administrative Eigentümlichkeiten des Optionsverfahrens nach alter und neuer Rechtslage . . . . .	409
dd) Die Beibehaltungsgenehmigung als verfassungsrechtlich notwendiges und systematisch folgerichtiges Korrektiv: Zusätzliches Einfallstor für Durchbrechungen des Vermeidungsgrundsatzes . . . . .	414
d) Skizzierung der rechtlichen und gesellschaftspolitischen Kontroverse über das „native“ Optionsmodell vor dem Änderungsgesetz . . . . .	417
aa) Rechtspolitische Schwächen und rechtliche Folgefragen des Optionsmodells . . . . .	417
(1) Während des Optionsverfahrens geborene Kinder . . . . .	417
(2) Migrationsfolgenrechtliche und rechtspolitische Probleme gestern und heute . . . . .	418
(3) Komplikationen im Bereich des Internationalen Privatrechts . . .	421
bb) Integrationspolitische Streitbarkeit des Optionsmodells als Zentrum der Kontroverse . . . . .	422
(1) Das Optionsmodell im Lichte der divergierenden Integrationsprämissen . . . . .	423
(2) Die Abwahlentscheidung als ausschließliches Barometer des Integrationsgrades . . . . .	425
(3) Begrenzte Aussagekraft empirischer Erkenntnisse zu dem Optionsverhalten der Betroffenen vor der Novellierung . . . . .	425
(4) Folgerung: Kompromissprodukt eines Optionsmodells unter Inkaufnahme von Zugeständnissen auf Seiten beider integrationspolitischer Ansätze . . . . .	428
2. Restrukturierung des Optionsmodells 2014: Entschärfung unter Inkaufnahme rechtlicher Probleme im dezimierten Anwendungsbereich . . . . .	429
a) Konzeptionelle Modifikationen im neuen Optionsrecht: Novellierter Voraussetzungskatalog als rechtliche Grundlage der profunden Modellentkräftung . . . . .	432
aa) Identischer Grundsatz: Äquivalenter Anwendungskreis . . . . .	433
bb) Teleologische Einschränkung bei Kindern aufgrund einer Naturalisation der Eltern? . . . . .	434
cc) Kriterium des „Aufwachsens“ im Sinne des Abs. 1a als neuer, zentraler Ausgangs- und Aufhebungsschlüssel . . . . .	436
(1) Grundlegung: Staatsangehörigkeitsrechtliche Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland . . . . .	437
(2) Härtefallklausel als flexibilisierendes Korrektiv in restriktiver Handhabung . . . . .	439
(3) Folgen und Würdigung der Bereichsausnahme: Weitgehende Entschärfung der rechts- und integrationspolitischen Sprengkraft	440
dd) Erhalt des Hinweises nach Abs. 5 S. 5 als materielle Obliegenheitsvoraussetzung . . . . .	442

b)	Erhebliche Applikationsprobleme im Optionsvorverfahren nach Abs. 5: Die <i>ultima ratio</i> der Öffentlichen Zustellung als Garant des fehlenden „Erhalts“ .....	443
c)	Zwischenergebnis: Optionsmodell als entschärftes Kompromissprodukt – Konzeptionelle Belastung des Erwerbs <i>iure soli</i> als Symbol? .....	448
II.	Verfassungsmäßigkeit und verfassungsrechtliche Implikationen eines Opti- onsmodells im Allgemeinen und des § 29 StAG im Besonderen .....	449
1.	Verfassungsrechtliche Bewertung des Optionsmodells aus der (facettenrei- chen) Perspektive des Art. 16 Abs. 1 GG .....	449
a)	Virulenz auf Verlustebene: Der Verlust der Staatsangehörigkeit <i>qua op- tione</i> als grundgesetzlich verbotene Entziehung im Sinne des Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG? .....	449
aa)	Entziehungsbegriffe in Schrifttum und Rechtsprechung im Wandel: Abgrenzung zum Verlust .....	450
(1)	Wortlautorientierte und historisch-teleologische Auslegungszu- griffe .....	451
(2)	Entwicklungsbemühungen des „Entziehungsbegriffes“ im Lichte der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....	452
(3)	Kursorisch: Vorzug und Schwäche des funktionellen Ansatzes des BVerfG unter komplementärer Heranziehung des Zumutbar- keitsansatzes .....	455
bb)	Notwendigkeit der Differenzierung verschiedener Verlustmodi ....	457
(1)	Positivoption ohne Nachweis über die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit .....	457
(2)	Unterlassene Abgabe einer Erklärung .....	459
(3)	Positivoption für die ausländische Staatsangehörigkeit .....	460
cc)	Folgerung: Optionskonzept im Hinblick auf Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG bedenkenlos .....	461
b)	Virulenz auf Erwerbsebene: Die optionsbelastete Staatsangehörigkeit als Differenzierung im Sinne einer Staatsangehörigkeit der „zweiten Klas- se“? .....	461
aa)	Optionsbelastung keine inhaltliche Statusdiminuirung .....	462
bb)	Idealtypische Permanenz der Staatsangehörigkeit für die Verfas- sungskonformität unergiebig .....	464
c)	Optionsregelung als Verlusttatbestand im Sinne des Art. 16 Abs. 1 S. 2 GG: Abstraktion von Konzeption und Prozedur .....	466
aa)	Legitimer Zweck der Vermeidung von Mehrstaatigkeit: Heranzie- hung des Prinzips und gedeckter Novellierungsbedarf .....	467
bb)	Verfassungsrechtliche Kalamität der Ursprungsfassung: Fälle dro- hender Staatenlosigkeit bei prozeduralen Versäumnissen .....	467
cc)	Konzeptuell: Novellierte Optionsregelung als verhältnismäßiger Verlusttatbestand .....	469

dd) Prozedural: Öffentliche Zustellung des Optionshinweises und der deklaratorischen Verlustfeststellung als verfassungsrechtlich unbetretbarer Verlustkorridor? .....	471
d) Fazit: Abstrakte Entschärfung der verfassungsrechtlichen Virulenz aus Art. 16 Abs. 1 GG – Konkrete Verschärfung in der prozeduralen Verwirklichung .....	476
2. Optionspflicht und Gleichheitssätze (Art. 3 Abs. 1, Abs. 3 S. 1, 33 Abs. 1 GG) .....	476
a) Die Optionspflicht als gegen Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG verstoßende Differenzierung nach der „Abstammung“ des Betroffenen? .....	477
aa) Maßstab: „Staatsangehörigkeit“ als verbotenes Differenzierungskriterium? .....	479
bb) Direkte Fassung der Optionsregelung nach § 29 StAG unter dem verbotenen Merkmal der „Abstammung“ oder „Heimat“? .....	480
(1) Differenzierungskriterium „Abstammung“: Über ein verfassungsgerichtlich konstruiertes Nadelöhr .....	480
(2) § 29 StAG als lediglich „dem Wesen nach auf der Abstammung beruhende“ Differenzierung .....	482
(3) Inlandssozialisationsprivileg des „Aufwachsens“ (§ 29 Abs. 1a StAG) keine Diskriminierung nach der „Heimat“ .....	484
b) Analyse optionsrechtlicher Gleichheitsprobleme am allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) .....	485
aa) Konzeptionell: Gesonderte Pflicht für Deutsche <i>iure soli</i> im Allgemeinen als Ungleichbehandlung .....	485
(1) Würdigung der als Rechtfertigungsgründe proklamierten Sacherwägungen .....	486
(2) Divergierende Integrationsvermutungen zugunsten Deutscher <i>iure sanguinis</i> als gewichtiger sachlicher Differenzierungsgrund .....	487
(a) Verhältnismäßigkeitseinwand .....	488
(b) Replik .....	489
(aa) Im Lichte der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers .....	490
(bb) Mit Einschränkung: Im Lichte der vom Gesetzgeber gewählten Ausgestaltung und der Rechtsnatur .....	492
(cc) Spezifikum der Novellierung: Im Lichte partiell plausibilisierter Integrationsprämissen .....	494
(dd) Mit Einschränkung: Im Lichte des Generationenschnitts, § 4 Abs. 4 StAG .....	494
(3) Konzeptionelles Fazit: Distinktionen und Typisierungen zwischen den originären Erwerbsmodi als Exempel weitreichender gesetzgeberischer Gestaltungsbefugnis .....	495
bb) Replikation der Vergleichsgruppen als inhärentes Plausibilitäts- und Verfassungsproblem .....	496

cc) EU-Mehrstaater und Schweizer Mehrstaater versus Mehrstaater mit Drittstaatsangehörigkeit .....	500
(1) EU-Mehrstaater .....	500
(a) Sachlicher Grund: Rechtfertigung über internationale Sonderbeziehungen eingedenk des verfassungsrechtlichen Integrationsförderauftrages in Art. 23 GG? .....	500
(b) Würdigung der sachlichen Gründe im Rahmen der Rechtfertigung: Nicht alles europäische Integration, was privilegiert? .....	502
(2) Schweizer Bürger: Keine EU – kein sachlicher Privilegierungsgrund? .....	505
(3) Zwischenergebnis: Privilegierungstatbestände als Abstraktions- exempel zwischen rechtspolitischen Zweifeln und gesetzgeberischer Gestaltungsbefugnis .....	509
dd) Faktische Privilegierung von Staatsangehörigen entlassungsunwilliger Drittstaaten .....	509
ee) Privilegierung von Spätaussiedlern (§ 15 BVFG) .....	510
ff) Implementationsprobleme der Öffentlichen Zustellung als Indikator des Erfordernisses einheitlicher Rechtsanwendung (Art. 33 Abs. 1 GG) .....	511
gg) Zwischenfazit: Gleichheitsrechtliche Kontrolle als Trennlinie zwischen rechtspolitischer Plausibilität und genuin verfassungsrechtlichen Geboten .....	512
3. Demokratietheoretische Implikationen des optionsbedingten Staatsangehörigkeitsverlustes, Art. 20 Abs. 1, Abs. 2 GG .....	513
4. Kursorisch: Konformität der grundrechtseinschränkenden Vorschrift mit (vermeintlichen) verfassungsrechtlichen Formalitäten .....	515
a) Gesetzgeberisches Versäumnis im Hinblick auf das Zitiergebot? .....	515
b) Hinreichende Bestimmtheit der Härtefallklausel (Art. 20 Abs. 3 GG) ..	518
5. Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Konformitätskontrolle: Entschärfungen und Verschärfungen einer in sich wenig tragfähigen Restregelung – Fokusverschiebung von der Konzeption auf die Prozedur .....	519
a) Mittelbarer Einfluss der Reform auf die Verfassungskonformität: Grenzen der Integrationshypothesen und Hürden der prozeduralen Abwicklung .....	519
b) Konzeptionelle Verfassungskonformität von Optionsmodellen, prozeduraler Stillstand als neues Verfassungsproblem .....	520
III. Unionsrechtskonformität des § 29 StAG: Konzeptionsgrenzen staatsangehörigkeitsrechtlicher Verlustgründe in den Verträgen und einschlägiger EuGH-Rechtsprechung .....	521
1. Art. 20 AEUV: Verlusttatbestände des nationalen Staatsangehörigkeitsrechts in „neuem“ unionsrechtlichen Prüfungsgewand .....	522
a) Einschränkung des mitgliedsstaatlichen Monopols für staatsangehörigkeitsrechtliche Erwerbs- und Verlusttatbestände .....	525
aa) Prozesshistorie EuGH [Rottmann] .....	526

bb)	Inventur und Entscheidungsgenese: „Rottmann“ als Schlüssel zur Erweiterung europäischer Jurisdiktionsgewalt	527
b)	Rs. Tjebbes als präzisierte Maßstab für Verlusttatbestände <i>ex lege</i>	533
aa)	Prozesshistorie EuGH [Tjebbes]	534
bb)	Kursorische Urteilsgenese: Komplementär oder Surrogat der Rottmann-Maßstäbe?	535
cc)	Würdigung: „Rolle rückwärts“ oder sinnvolle Ergänzung des Gerichtshofs?	537
(1)	Spezifikation des Verhältnismäßigkeitsvorbehalts nach den „Rottmann-Maßstäben“: EuGH im Spagat zwischen Residualkompetenz und Kernbestandsschutz	537
(2)	Keine Signalwirkung der Entscheidung hinsichtlich von Mehrstaatigkeit und des Vermeidungsgrundsatzes	540
dd)	Konsequenzen, Aussagekraft und Ausblick für das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht	542
(1)	Konsequenz: Überkommene Verlustgründe <i>ex lege</i> im unionsrechtlichen Limbus?	543
(2)	Applikation der vorbezeichneten Grundsätze auf die Optionsregelung: Verschärfung des Schwebezustandes und unionsrechtlicher Präzisierungsbedarf	548
2.	Art. 21 AEUV: Das eingeschränkte Freizügigkeitsrecht als Indikator einer unionsbürgerschaftlichen Zwickmühle	550
a)	Bereichsausnahme für im Inland aufgewachsene Deutsche <i>iure soli</i> als Einschränkung der Freizügigkeit aus Art. 20 Abs. 2 Nr. 1, 21 AEUV	551
b)	Mitgliedstaatliche Prärogative zur Ausgestaltung und Würdigung staatsangehörigkeitsrechtlicher „enger Bindungen“ als Rechtfertigungsgrund?	554
c)	Verhältnismäßigkeit und unionsrechtskonforme Auslegung?	556
3.	Zwischenfazit und unionsrechtlicher Ausblick	559
IV.	Völkerrechtliche Evaluation des § 29 StAG als Beispiel des permissiven Rahmens für spezifische Angehörigkeitsmodelle	561
1.	Allgemeines Völkerrecht als unterentwickelter Prüfungsmaßstab	561
2.	Konformität mit multilateralen, staatsangehörigkeitsrechtlichen Abkommen: Vorbehalt zu Art. 7 des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit	562
3.	Folgerung: Staatsangehörigkeitsrechtliches Unikat unter Völkerrechtskonformität	565
V.	Resultate: Perspektiven des (novellierten) Optionsmodells und Auswirkungen	565
1.	<i>Ex post</i> -Korrektur <i>iure soli</i> entstehender Mehrstaatigkeit: Eine als Grundsatz getarnte Ausnahme	566
2.	Rechtspolitische Tragfähigkeit und Zukunftsaussichten des Optionsmodells	567
3.	Politische Revitalisierungsperspektiven des Optionsmodells oder auch: Eine Reise ohne Wiederkehr?	568

4. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht: Konzeptionell ungewöhnlich, jedoch weitgehend rechtskonform – prozedural hochproblematisch . . . . .	570
5. Konsequenzen für den Vermeidungsgrundsatz: Indikator einer sukzessiven Wandlung zum Hinnahmeprinzip mit demokratietheorischen Korrektiven? . . . . .	571
a) Neue Asymmetrie von Geburtserwerb <i>iure soli</i> und Einbürgerungsvorschriften: Keine rechtliche Virulenz, sondern rechtspolitische Handlungsoption . . . . .	572
b) Neue gesetzgeberische und rechtspolitische Tendenzen durch die Entschärfung? . . . . .	573
6. Ausblick: Bereichsausnahme für im Inland aufgewachsene Deutsche <i>iure soli</i> als Anfang vom Ende des Optionsmodells? . . . . .	574
<b>E. Genese rechtspolitischer Gestaltungsoffensiven als Alternativen zum Optionsmodell . . . . .</b>	<b>576</b>
I. Modell der aktiven und ruhenden Staatsangehörigkeit als Flexibilisierung der letztmaßgeblichen Zuordnung? . . . . .	577
1. Konzeptionierungen: Bisherige Erfahrungen im spanisch-lateinamerikanischen und italienisch-argentinischen Rechts- und Personenverkehr als Blaupause? . . . . .	578
2. Kritik: Ein binäres Angehörigkeitsnetz als Rechtsutopie? . . . . .	580
a) Verfassungsrechtliche Implikationen durch die Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit: Implementierung artifizieller „Status im Status“? . . . . .	581
b) Unionsrecht: Keine Blockade durch <i>Micheletti</i> . . . . .	584
3. Konsequenz: Mehrwert des Modells und Reichweitenbegrenzung . . . . .	585
II. Unterbindung der unlimitierten „Weitervererbung“ kumulierter Staatsangehörigkeiten qua Generationenschnitt . . . . .	588
1. Terminologische Ausdifferenzierung: Kein Inlandsschnitt, sondern Auslandsschnitt . . . . .	589
2. Implementierung des Auslandsgenerationenschnitts, § 4 Abs. 4 StAG . . . . .	590
a) Verfassungsrechtliche Relevanz . . . . .	590
aa) Nichterwerb der Staatsangehörigkeit kein verfassungswidriges Entziehungsanalogon im Hinblick auf Art. 16 Abs. 1 GG . . . . .	591
bb) Exkurs: Aufhebung einer systemwidrigen Erstreckung von § 4 Abs. 4 S. 1 StAG auf verfassungsrechtliche Garantien des Art. 116 Abs. 2 GG . . . . .	592
b) Fehlende Kohärenz des in § 4 Abs. 4 S. 1 StAG angelegten „Generationenschnitts“ sowohl in rechtspraktischer als auch in rechtspolitischer Hinsicht . . . . .	595
c) Rechtspolitischer <i>modus operandi</i> und jüngere Gesetzesinitiative: Notwendigkeit des Ausbaus völkerrechtlicher Verträge und Abhängigkeit von außenpolitischen Koordinaten . . . . .	597



III.	Generationsnachgelagerter Optionszwang für Mehrstaater als <i>reformatio in melius</i> ? .....	601
1.	Konzeptionierung .....	602
2.	Replik .....	603
IV.	Sog. gestufte Staatsangehörigkeitsmodelle: Nur ein „fauler Kompromiss“ für die optionsrechtliche Ahnenreihe? .....	606
1.	Konzeptionierung .....	606
2.	Replik .....	607
V.	Folgerungen: Rechtspolitische Glasperlenspiele im Spannungsfeld zwischen politischer Realisierbarkeit und konstitutionellem Einheitlichkeitsgebot – Ein stummer Schrei nach einem „Völkerrecht der Staatsangehörigkeit“ .....	609
<b>F.</b>	<b><i>Conclusiones finali</i>, Beantwortung aufgeworfener Forschungsfragen und Ausblick .....</b>	<b>611</b>
I.	Präsupposition: Das Recht der Staatsangehörigkeit als parlamentarisch und gesamtgesellschaftlich auszufeuchtende „Wer“-Frage .....	611
II.	Einfachgesetzliches Vermeidungsprinzip im Spannungsfeld fragwürdiger Rationalität und struktureller Fragilität .....	612
III.	<i>The clash of nationality laws</i> : Pragmatismus in der Rezeption von Positivkonflikten im globalisierten Zeitalter .....	613
IV.	„Was vom Optionszwange übrig blieb“: Symbolpolitische Reliquie oder genuine Konstituante des Staatsangehörigkeitsrechts? .....	614
V.	Versuch eines bidirektionalen Ausblicks: Parlamentarische Zukunftsmusik in den Perspektiven des Optionsmodells und der (inter-)nationalen Umgangsstrategien mit Mehrstaatigkeit .....	615
VI.	Kernthesen der Untersuchung .....	617
<b>Anlage:</b>	<b>Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes unter dem Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetz .....</b>	<b>632</b>
I.	Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts: „Schlussstein oder Vehikel“ für den Staatsangehörigkeitsdiskurs? .....	633
1.	Restlose Abschaffung des Vermeidungsgrundsatzes .....	633
2.	„ <i>Causa finita?</i> “ Wohl kaum! – Veränderte innen- und außenpolitische Realitäten als Katalysatoren neuer Aushandlungsimpulse .....	635
II.	Perspektivisch: Revitalisierungsperspektiven auf den unionsrechtlichen Prüfstand .....	639
III.	Ergebnis: Kein „Federstrich“ für den Zugehörigkeitsdiskurs .....	643
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>645</b>
	<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>699</b>